

FDP-Politiker Gawlik:

„Wenn Bürgermeister Baxmann nicht direkt der Zwangsverwalter folgen soll, ist umgehend das Ruder herumzureißen und die Ratsbeschlüsse zurückzunehmen!“

Burgdorf, 12. Januar 2019, **Mario Gawlik, Vorsitzender des FDP-Ortsverbandes Burgdorf-Uetze, übt deutlich Kritik an den von Bürgermeister Baxmann und der um die SPD-Fraktion versammelten Ratsmehrheit herbeigeführten Beschlüssen. Die sich aus den Beschlüssen ab dem Jahr 2023 ergebende jährliche Belastung der Stadt von ca. 8 Mio. Euro alleine für Zins- und Tilgung – ohne Berücksichtigung von zu erwartenden Zinserhöhungen – sollte jedem die Augen öffnen! Aber nicht nur deshalb ist der Neubau für die IGS zurückzustellen.**

Wie die grobe Bauprojektliste der Verwaltung ausweist, gibt es erheblichen Sanierungs- bzw. Handlungsbedarf bei den Kindertagesstätten, den Schulen, den Sporthallen, bei den Feuerwehrhäusern sowie den Rathäusern in der Stadt Burgdorf. In Summe weist die Projektliste Kosten in Höhe von ca. 137 Mio. Euro aus. Alleine der vom Bürgermeister zu verantwortende Sanierungsstau z. B. beim Gymnasium, bei der Gudrun-Pausewang-Schule, den Sporthallen oder der Grundschule in Otze kostet viele Millionen, erläutert Gawlik und stellt klar, dass die Priorität für die Freien Demokraten in Burgdorf nicht beim Neubau für die IGS liegt, sondern zuerst der Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule in

der Südstadt, der Neubau der Sporthalle und Grundschule in Otze, die Sanierungsmaßnahmen am Gymnasium sowie der Anbau für die Astrid-Lindgren-Grundschule zu planen und umzusetzen sind. „Insbesondere der Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule muss nun mit Hochdruck angegangen werden“, ergänzt Schwerdtfeger, „bei den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und den Lehrern dieser Schule steht der Rat der Stadt Burgdorf und damit insbesondere auch der Bürgermeisterkandidat Pastor Matthias Paul im Wort. Wenn auf ein solches Versprechen kein Verlass mehr ist, dann brauchen wir uns über Politikverdrossenheit keine Gedanken mehr zu machen.“

Ratsherr Dreeskornfeld befürchtet, dass wenn kein Umdenken erfolgt und die Priorität weiterhin beim Neubau für die IGS liegt, dieses nicht nur erhebliche Kapazitäten in der Stadtplanungsabteilung belegt, sondern es besteht das erhebliche Risiko, dass nach dem IGS Neubau kein Geld mehr für die anderen Maßnahmen vorhanden ist. Das aktuelle finanzpolitische Gebaren der Mehrheitsgruppe ist gegenüber den nächsten Generationen nicht zu verantworten!

„Der Bürgermeister mit seiner SPD-Fraktion und deren Gruppenpartnern haben frei

nach dem Motto, – Was kostet die Welt? – sämtliche Vorgaben des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes nach einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung über Bord geworfen und trotz der vom Ersten Stadtrat aufgezeigten Schuldenentwicklung auch noch aus rein ideologischen Gründen beschlossen, eine Oberstufe für die IGS zu beantragen“, zeigt sich Gawlik erschüttert und führt weiter aus: „Da keine Räume für eine Oberstufe an der IGS vorhanden sind, wird alleine dieser Beschluss weitere Investitionen von mehr als 5 Mio. Euro erfordern, wenn die Landesschulbehörde dem Antrag folgt.“

Die Freien Demokraten haben die Kommunalaufsicht der Region Hannover über die Schuldenentwicklung bis 2023 informiert und setzen nun darauf, dass diese den Rat der Stadt beim Schuldenmachen ausbremst, denn schon bei der Genehmigung des Haushaltes 2018 hatte die Kommunalaufsicht festgestellt, dass Zitat „die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Burgdorf gemäß § 23 Nr. 1 und 2 KomHKVO nicht gegeben ist“.

Auch bzgl. des Antrages für eine eigene Oberstufe an der IGS, es wäre die vierte Gymnasiale Oberstufe in der Stadt Burgdorf, waren die Freien Demokraten aktiv und haben sich an Kultusminister Tonne, sowie die Landesschulbehörde gewandt und dort die Sach- und Finanzgründe vorgebracht, die gegen eine eigene Oberstufe an der IGS Burgdorf sprechen.

Die Prioritäten der FDP in Burgdorf für 2019 liegen laut Gawlik bei dem Bau bzw. der Sanierung der Grundschulen, der Sporthallen und den Kindertagesstätten. Daneben

machen wir Freien Demokraten uns auf Bundes- und Landesebene aber auch dafür stark, dass die Kooperationsverbote aufgehoben und der Föderalismus in Teilen beendet wird, damit endlich diejenigen, die die Musik bestellen, diese auch vollständig bezahlen. Zukünftig darf es nicht mehr vorkommen, dass das Land z. B. die Gebührenfreiheit der Kindertagesstätten beschließt, dann aber nicht dauerhaft die vollständigen Mittel für den Bau bzw. den Unterhalt der notwendigen Einrichtungen sowie für das erforderliche Personal bereitstellt.



Mario Gawlik
Vorsitzender des FDP-Ortsverbandes Burgdorf-Uetze